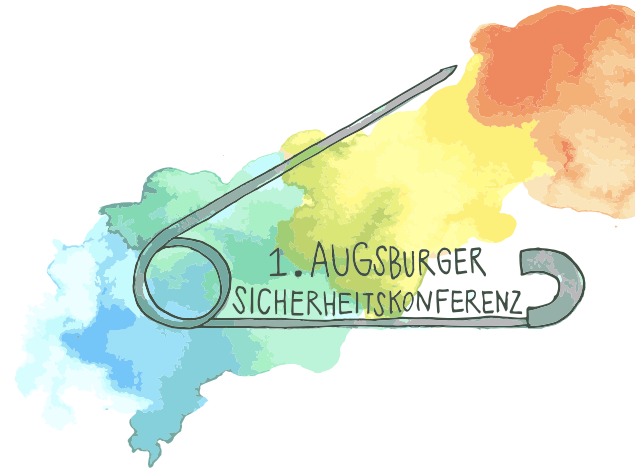


# WHAT THE F... AfD

## POSITIONSPAPIER DES NETZWERKS SOLIDARISCHE STADT ZUM AfD-PARTEITAG IN AUGSBURG



### Kurzfassung für Pressevertreter\*innen

Das Netzwerk „Solidarische Stadt Augsburg“ veranstaltet vom 29. Juni bis 1. Juli die erste „Augsburger Sicherheitskonferenz“. Die Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) schickt sich am selben Wochenende an, im Augsburger Messezentrum ihren diesjährigen Bundesparteitag abzuhalten. Das Netzwerk „Solidarische Stadt Augsburg“ hatte den Termin für die „Sicherheitskonferenz“ festgelegt, schon lange bevor bekannt war, dass die AfD ihren Parteitag in Augsburg abhalten will. Die zeitliche Parallelität beider Veranstaltungen nimmt das Netzwerk „Solidarische Stadt“ zum Anlass, zum Auftreten der AfD in Augsburg Stellung zu beziehen.

Die AfD forciert eine politische Entwicklung der Ausgrenzung und Ausnutzung von gesellschaftlichen Konflikten, um arm gegen ärmer und ganz allgemein Menschengruppen gegeneinander auszuspielen.

**Kurz:** Sie betreibt eine Politik der Entsolidarisierung und Entmenschlichung. Geflüchtete und Migrant\*innen sind dabei nur eines ihrer bevorzugten Feindbilder.

Wir, das Netzwerk „Solidarische Stadt Augsburg“, stehen für eine solidarische Gesellschaft und damit gegen das Menschenbild und den Politikstil, den die AfD vertritt. Wir stellen uns gegen alle Formen der gesellschaftlichen Entsolidarisierung. Deshalb erteilen wir auch allen Versuchen anderer Parteien, die fremdenfeindlichen und reaktionären Positionen der AfD für sich zu nutzen, eine deutliche Absage.

Das im Herbst 2017 gegründete Netzwerk „Solidarische Stadt Augsburg“ besteht aus über 20 Organisationen, Gastronomiebetrieben und kulturellen Einrichtungen. Für die Ausrichtung der „Sicherheitskonferenz“ haben sich weitere Organisationen angeschlossen. Ziel der Veranstaltung ist die Diskussion und Erprobung von neuen Konzepten von sicherem Zusammenleben durch Solidarität statt Repression. Ziel des Netzwerks im Ganzen ist es, auch in Augsburg den Gedanken einer breiten gesellschaftlichen Solidaritätsbewegung zu etablieren. Dabei suchen wir neue, wirklich alternative Antworten auf Fragen wie: Wo in Augsburg gibt es schon Orte gelebter Solidarität? Was macht ein sicheres Leben für uns alle aus? Welche nachhaltigen Alternativen des Zusammenlebens und der Sicherung der Grundbedürfnisse sind für uns machbar? Was macht für Dich eine solidarische Stadt aus?

## Positionspapier

Die Initiative „Solidarische Stadt“ tritt an, auch in Augsburg den Gedanken einer breiten gesellschaftlichen Solidaritätsbewegung zu etablieren. Schon lange bevor bekannt war, dass die „Alternative für Deutschland“ (AfD) den diesjährigen Bundesparteitag in Augsburg abhalten will, begann die Initiative, ein Netzwerk aus lokalen Initiativen aufzubauen, mit denen zusammen die „1. Augsburger Sicherheitskonferenz“ organisiert werden wird.

Durch die zeitliche Parallelität beider Veranstaltungen über das Wochenende des 29. Juni bis 01. Juli 2018 ergibt sich auch für uns die Notwendigkeit, zum Auftreten der AfD in Augsburg Stellung zu beziehen. Zum vielfältigen Netzwerk „Solidarische Stadt Augsburg“, bestehend aus mittlerweile über 20 Organisationen, Gastronomiebetrieben und kulturellen Einrichtungen, haben sich für die Ausrichtung der Sicherheitskonferenz weitere Organisationen angeschlossen, die ihren Beitrag zu einer solidarischen Stadt und zum Neudenken des Sicherheitsbegriffs im Rahmen der Augsburger Sicherheitskonferenz leisten wollen.

Der gängige Sicherheitsbegriff ist konnotiert mit Polizei, Justiz, Überwachungskameras und vor allem: Diversen Ängsten.

- Wie kann Sicherheit solidarisch gedacht, gelebt und organisiert werden?
- Wie soll ich ohne eine Arbeit ein selbstbestimmtes Leben führen?
- Was bedarf es zur Erfüllung eines selbstbestimmten Lebens und wie lässt sich dies mit der gleichzeitigen Verantwortung für eine Gesellschaft in Einklang bringen?
- Haben härtere Strafen einen Abschreckungseffekt auf Täter\*innen?
- Steigt das Risiko, Opfer einer Straftat zu werden?

Diese und andere Fragen wollen und werden wir auf der „1. Augsburger Sicherheitskonferenz“ beginnen zu diskutieren. Dabei werden wir verschiedenen Initiativen die Chance geben, ihre Ideen für eine solidarische Gesellschaft zu präsentieren. An diesem Wochenende wird Solidarität für alle praktisch gelebt werden.

Die AfD schickt sich am selben Wochenende parallel dazu an, im Augsburger Messezentrum ihren diesjährigen Bundesparteitag abzuhalten. Sie forciert damit eine politische Entwicklung der Ausgrenzung und Ausnutzung von gesellschaftlichen Konflikten, um arm gegen ärmer und ganz allgemein Menschengruppen gegeneinander auszuspielen - kurz: Sie betreibt eine Politik der Entsolidarisierung und Entmenschlichung.

Geflüchtete und Migrant\*innen sind eines ihrer bevorzugten Feindbilder.

- **Nicht** Geflüchtete und Migrant\*innen sind schuld an knappem und unbezahlbarem Wohnraum. Absurd steigende Mietpreise und das Fehlen von Wohnraum für Menschen mit niedrigen Einkommen sind die Folgen massiver Kürzungen der Zuschüsse des sozialen Wohnungsbaus und eklatanter Fehler in der Genehmigung und Ausschreibung von Baugebieten ohne eine Mindestquote an Sozialwohnungen
- **Nicht** Geflüchtete und Migrant\*innen sind schuld an erstarkendem Antisemitismus. Gerade die AfD sollte hier vor der eigenen Haustür kehren und Parteimitglieder\*innen mit einer klar judenfeindlichen Haltung ausschließen: Hass auf Juden, Sachbeschädigungen an Synagogen, Holocaustleugnung finden zu 90% aufgrund eines politisch rechten Hintergrunds statt. Antisemitismus ist gesellschaftlich tief verwurzelt. Die Schuld dafür den Geflüchteten zuzuweisen, ist eine infame Verdrehung historischer Tatsachen
- **Nicht** Geflüchtete und Migrant\*innen sind schuld an einer homophoben und frauenfeindlichen Gesellschaft. Gewalt gegen Homosexuelle und Ausgrenzung von Transsexuellen hat in Deutschland eine lange Kontinuität. Bis 1994 war Homosexualität in der Bundesrepublik strafbar. LGBTT\*IQ, also lesbische, intersexuelle, queere, transgender, bi- und transsexuelle Menschen sind insbesondere das Feindbild eines rechten Gedankengutes. Das patriarchale Rollen- und Familienbild der AfD ist höchst antifeministisch und rückwärtsgewandt
- **Nicht** Geflüchtete und Migrant\*innen sind schuld an Hartz IV und den unzureichende Bemessung des Existenzminimums. ALG2, wie Hartz IV im Verwaltungsrecht heißt, ist der politisch festgelegte Minimalbetrag, der für eine Einzelperson zum (Über-)Leben ausreichen soll und es faktisch nicht tut. Es gibt wegen der Geflüchteten nicht weniger Unterstützung für arme Menschen. Der Sanktionsapparat, der den Hebel zur Absenkung des ohnehin schon unzureichenden Minimalbetrags bietet, muss wiederum den Verantwortlichen in Parteien und Lobbygruppen für eine neoliberale Umgestaltung des Sozialsystems vorgeworfen werden

### **Auf den Punkt gebracht:**

Die herrschende Politik bekämpft derzeit arme Menschen und nicht Armut.

Zu dieser Politik ist die AfD trotz aller Beteuerungen des Gegenteils keine Alternative; im Gegenteil: Der Blick ins Parteiprogramm offenbart keine Abkehr von Hartz IV, sondern weitere Sanktionen, Leistungskürzungen, Zwangsdienste in Form von 1-Euro-Jobs, Abbau beim Arbeitnehmer\*innenschutz, Einschränkung gewerkschaftlicher Mitbestimmung, Einschränkung des Menschenrechts auf Asyl, gesetzliche Legitimationen für Diskriminierung nicht-deutscher Arbeitnehmer\*innen, ein Familienmodell aus den 1960ern mit Vater-Mutter-Kind, das alle vielfältigen Familienmodelle, die wir heute kennen und die eine liberale Gesellschaft ausmachen, in Abrede stellt.

Weder ist die AfD eine Alternative und schon gar nicht ist sie solidarisch. Deshalb treten wir dem unsolidarischen Gesellschaftsbild, das die AfD umzusetzen versucht, entschieden entgegen und bauen

eigene, echte Alternativen auf. Wir suchen neue Antworten auf Fragen wie: Wo in Augsburg gibt es schon Orte gelebter Solidarität? Was macht ein sicheres Leben für uns alle aus? Welche nachhaltigen Alternativen des Zusammenlebens und der Sicherung der Grundbedürfnisse sind für uns machbar? Was macht für Dich eine solidarische Stadt aus?

Als unsolidarische Alternative steht die AfD dem Gedanken der Sicherheitskonferenz und der solidarischen Stadt absolut entgegen. Wir, die Beteiligten an einer solidarischen Stadt, stehen für eine solidarische Gesellschaft und damit gegen alle Inhalte, für die die AfD steht.

Wir stellen uns gegen alle Formen der gesellschaftlichen Entsolidarisierung. Deshalb erteilen wir auch allen Versuchen anderer Parteien, die fremdenfeindlichen und reaktionären Positionen der AfD für sich zu nutzen, eine deutliche Absage.

